

„Zivilklausel Nein Danke!“ Warum ich gegen Zivilklauseln an deutschen Universitäten bin

Prof. Dr. Joachim Krause

In den vergangenen Tagen ist in den Medien viel über die Diskussion an der Universität Kiel über die Einführung einer Zivilklausel berichtet worden. SPIEGEL Online stellte dabei das Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel in den Vordergrund. Ich nutze diese Gelegenheit um meine Stellungnahme zu dieser Idee zu verbreiten.

Ich stehe Zivilklauseln ablehnend gegenüber, weil es sich um eine politische Mogelpackung handelt. Derartige Klauseln klingen auf den ersten Blick harmlos und für Viele einleuchtend, weil es angeblich um den Frieden geht. Interessanterweise spricht aber keiner von „Friedensklauseln“. Tatsächlich geht es den Betreibern der „Zivilklausel“ darum, wissenschaftliche Kontakte mit der Bundeswehr oder der wehrtechnischen Industrie zu diskreditieren und zu unterbinden. Das ist etwas völlig anderes als ein Bekenntnis zum Frieden und diese kleine sprachliche Differenz macht politisch einen enormen Unterschied. Es geht um politisch motivierte Einschränkungen der Freiheit von Forschung und Lehre. Das ist für eine freie Universität in einer demokratischen Gesellschaft völlig inakzeptabel.

Erfahrungen mit der Einführung von Zivilklausel an deutschen Universitäten lassen erkennen, dass derartige Klauseln von linken und vor allem linksextremen Gruppen unterschiedlicher Provenienz als Einfallstor genutzt werden, um den Betrieb an der Universität entweder in ihrem Sinne zu steuern oder diesen zu stören. Wie man am Beispiel der Uni Tübingen sehen kann, geht dies teilweise mit massiven Verletzungen der Freiheit von Forschung und Lehre einher (gewaltsame Störung von Seminaren, Mobbing von Dozentinnen und Dozenten etc.). Derzeit läuft eine regelrechte Kampagne, um an mehreren Universitäten (darunter auch Kiel) Zivilklauseln einzuführen.

Diese Kampagne wird bundesweit von Gruppen und Personen koordiniert, die aus dem linken (oft linksextremen), antimilitaristischen Spektrum stammen (wie das „imi“ in Tübingen oder Dr. Dietrich Schulze aus Karlsruhe, der ansonsten auch noch für den VVN-Bund der Antifaschisten auftritt, einer Organisation, die der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg wohl nicht zu Unrecht als „linksextremistisch beeinflusst“ qualifiziert).

Derzeit sind vor allem Universitäten dran, die in Orten sind, die mit K anfangen, wie Kiel, Köln oder Kassel. Ein Schelm, wer sich dabei was Böses denkt.

Die jeweiligen Kampagnen starten meistens damit, dass Studierende angesprochen und dazu bewegt werden sollen, sich an ihrer Universität für eine Zivilklausel einzusetzen. „Die Studierenden“, so das **rührselige Narrativ Bild**, was dann konstruiert wird, „wehren sich“ angeblich in großer Masse gegen „Kriegsforschung“, was immer das sein soll. **und die damit verbundene Einflussnahme des Militärs auf die Universität und die negativen Folgen für ihre Studienbedingungen. Mit Erschrecken und Schaudern, so kann man bei SPIEGEL Online und STERN Online lesen, hätten Studierende festgestellt, dass verschiedene Institute der Universität Kiel in den vergangenen 5 Jahren Drittmittel-einnahmen von Seiten der Bundeswehr in Höhe von insgesamt 2,7 Millionen Euro erhalten hätten – was natürlich sofort den Verdacht der Fernsteuerung von Wissenschaft nahelegt. Schaut man sich das Drittmittel-aufkommen der Universität Kiel in den vergangenen fünf Jahren an (237,8 Millionen Euro), dann wird deutlich wie lächerlich diese Argumentation ist: 2,7 Millionen Euro sind gerade mal 1,1 % der Gesamteinnahmen.**

Ist eine Zivilklausel einmal beschlossen, wird in massiver Weise versucht auf den Lehr- und Forschungsbetrieb einzuwirken – **dann beginnt die Fernsteuerung erst wirklich, aber nicht von Seiten der Bundeswehr. Opfer sind Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter. Leidtragende sind diejenigen Studierenden, die sich in wissenschaftlicher Weise mit Sicherheitspolitik befassen wollen.**

Die politische Stoßrichtung der Zivilklausel besteht darin, die Universität zu nutzen, um eine Verfassungsinstitution wie die Bundeswehr zu diskreditieren und gesellschaftlich zu isolieren. **Hinter dieser Diskreditierungsstrategie Dahinter** steht häufig die Absicht, Stimmung gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von internationalen Friedensmissionen und Missionen der Friedenskonsolidierung zu machen. Die Bundeswehr wird in diesem Zusammenhang der „Kriegstreiberei“ bezichtigt, die deutsche Außenpolitik als „militaristisch“ bezeichnet. **(was in absurder Weise Traditionslinien zur Nazi-Zeit oder dem Kaiserreich andeuten soll).**

All diese Missionen (ob in Bosnien Herzegowina, im Kosovo oder in Afghanistan) basieren aber auf Mandaten der Vereinten Nationen und auf Beschlüssen des Bundestags, die dieser mit großen Mehrheiten (meistens nur bei Gegenstimmen der Linken) gefasst hat.

Sie sind auch durch die einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes gedeckt, denn sie gehen auf Artikel 24, Absatz 2 des Grundgesetzes zurück, wo es heißt, dass sich der Bund zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit einordnen kann. Die oft zitierte Friedensorientierung des Grundgesetzes ist keinesfalls – auch das haben Verfassungsgericht und Bundestag wiederholt festgestellt – ein Plädoyer für radikalen Pazifismus und Entmilitarisierung, sondern für aktive Mitwirkung Deutschlands an internationalen Bemühungen der Friedenswahrung und –sicherung im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit (wie dem der Vereinten Nationen). Die Bundeswehrreform der vergangenen Jahre entspricht diesem Ziel und hat dazu geführt, dass die deutschen Streitkräfte zu keinem Angriffskrieg in der Lage sind, sondern nur noch im Rahmen internationaler Missionen kollektiver Sicherheit aktiv werden können. Dazu bedarf man Offiziere und Soldaten, dazu bedarf man aber auch einer Industrie, die Waffen und Ausrüstungsgegenstände für die Bundeswehr und die mit ihr zusammen arbeitenden anderen Streitkräfte herstellt. Das passt **Vielen radikalen Pazifisten nicht, deren Feindbild jegliches Militär ist.**

Die Zivilklausel ist, wie oben angemerkt, keine „Friedensklausel“. Sie bedeutet im Wesentlichen nur eines: keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr oder der wehrtechnischen Industrie, weil diese nicht „zivil“ sind. Sie bedeutet auch „keine Toleranz“ gegenüber der Bundeswehr und allen, die mit ihr zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang ist auch der absurde Vorwurf der „Kriegsforschung“ zu sehen. Sowohl die Universitäten wie die Bundeswehr sind der Friedensorientierung des Grundgesetzes unterworfen, welches sich neben dem oben erwähnten Artikel 24 (2) vor allem im Verbot der Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg manifestiert. Weder die Bundeswehr betreibt Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg noch irgendeine Universität in Deutschland forscht darüber, wie man einen Angriffskrieg vorbereiten oder planen könnte. Wir betreiben am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel Konfliktforschung (das machen viele andere auch), wir geben ein Jahrbuch zum Terrorismus heraus und bemühen uns zu einer Vielzahl von aktuellen und allgemeinen sicherheitspolitischen Themen Analysen vorzulegen, die allesamt veröffentlicht werden. Wer das als „Kriegsforschung“ **geißelt bezeichnet**, sollte sich auf Paranoia untersuchen lassen.

Ich bin entschieden gegen die Zivilklausel, weil sie meine und anderer wissenschaftliche Arbeit hier in Kiel behindern würde. Ich selber arbeite mit der Bundeswehr in verschiedenen Bereichen zusammen und habe zwischen 2011 und 2013 ein **umfangreiches** Forschungsprojekt für das Bundesministerium der Verteidigung durchgeführt, welches Lehren aus dem AfghanistanEinsatz für vergleichbare künftige Einsätze der Friedenskonsolidierung zieht. Das Ministerium hat zu keinem Zeitpunkt versucht, die Ergebnisse des Projektes zu beeinflussen – hätte sie das gewollt, dann hätte sie sich das Projekt sparen können. Ziel war es eine unabhängige Einschätzung von wissenschaftlicher Seite in einer Frage zu bekommen, wo auf Seiten der Bundeswehrleitung (wie der gesamten Bundesregierung) ein Klärungsbedarf bestand und wo man sich von der Wissenschaft eigenständige Bewertungen erhoffte. Die haben wir in Zusammenarbeit mit namhaften Instituten des In und Auslands abgegeben und wir haben nicht nur im Verteidigungsministerium, sondern auch in anderen Ministerien sowie bei Bundestagsabgeordneten **unterschiedlicher Fraktionen** dafür große Anerkennung gefunden. Mit den Geldern des Projektes konnte ich jüngere Wissenschaftler beschäftigen und vor allem diese mit der Spitze der internationalen Forschung zusammenbringen. Mit diesem Projekt hat sich die Universität Kiel in der internationalen Wissenschaft der Strategischen Studien einen Namen gemacht. Die Ergebnisse werden in Kürze in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

Besonders die jungen Wissenschaftler (aber auch viele Studierende) sehen bei uns die Debatte zur „Zivilklausel“ mit großer Sorge, weil es ihnen damit unmöglich gemacht werden soll, sich wissenschaftlich auf dem Gebiet der Erforschung von Sicherheitspolitik zu betätigen. Sie sehen nicht ein, warum sich die Universität vor den Karren derjenigen spannen lassen sollen, die glauben sie hätten mit radikal „antimilitaristischen,“ aber zutiefst militanten Parolen den besten Weg zum Frieden gefunden und die alle diskreditieren wollen, die anderer Meinung sind. Wenn es nicht gelingt an den deutschen Universitäten die Vielfalt der Meinungen über das, was den Frieden sichert, zu bewahren, dann ist das ein Armutszeugnis **für die Demokratie und** für die deutschen Universitäten.

Keiner wird gezwungen für das Verteidigungsministerium oder die wehrtechnische Industrie Projekte durchzuführen, aber es kann nicht sein, dass Wissenschaftler an deutschen Universitäten daran gehindert werden mit einem Verfassungsorgan des Bundes oder mit Firmen zu kooperieren, die teilweise in der Wehrtechnik tätig sind (reine Rüstungsunternehmen gibt es ja kaum noch).

Diese Art von Kooperations- und Kontaktverboten (mit dem Ziel der gesellschaftlichen Ausgrenzung bestimmter Institutionen und Personen) erinnert fatal an Zeiten, in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren.

Deswegen: **es wird Zeit die bestehenden Zivilklauseln abzuschaffen und es sollte keine neuen Zivilklauseln an deutschen Universitäten geben. schaftt die bestehenden Zivilklauseln ab, keine neuen Zivilklauseln an deutschen Universitäten.**